

Ein neuer Impuls  
würde gut tun

## Stabilität durch Gleichgewicht

Peter Hartmann

Müssen wir uns über den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen Sorgen machen?

Das nicht, aber es lässt sich nicht leugnen, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich an Schubkraft verloren hat. Das betrifft vor allem die Europapolitik, bei der in den letzten Jahren von gemeinsamen Initiativen nur noch selten, dafür umso häufiger von Querelen die Rede war.

Dabei ging es nicht um Nebensächliches. Man denke nur an die Auseinandersetzung über die EU-Finanzplanung auf dem Gipfel im März 1999 in Berlin, den Streit um die Neugewichtung der Stimmen Ende 2000 in Nizza oder die jüngste Kontroverse über die Agrarreform. Natürlich gab und gibt es für eine unterschiedliche Haltung in diesen und anderen Fragen meist nachvollziehbare Gründe. Beispielsweise ist es verständlich, dass Deutschland die Agrarausgaben der EU drosseln will, um nicht im Zuge der Erweiterung finanziell überfordert zu werden. Frankreich verteidigt demgegenüber hartnäckig den für seine Landwirtschaft günstigen Status quo.

Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört allerdings auch die Feststellung, dass vieles zwischen Berlin und Paris funktioniert, ohne dass die Öffentlichkeit davon Notiz nimmt, und dass die häufig kritische Sicht der Verhältnisse in den Medien beider Länder auch mit deren Neigung zu tun hat, jede Kontroverse gleich zur Krise hochzustilisieren. Gleichwohl war es an der Zeit, dass beide Regie-

rungen nach den Erfahrungen vor und in Nizza eine Art Frühwarnsystem – den sogenannten Blaesheimprozess – eingerichtet und zumindest versucht haben, in diesen auf hoher politischer Ebene geführten Gesprächen den ein oder anderen Konfliktstoff zu entschärfen, bevor daraus wieder ein öffentlicher Schlagabtausch wurde.

So sinnvoll dieses vorausschauende Krisenmanagement ist, damit allein lässt sich der sprichwörtliche deutsch-französische Motor, der offenbar ins Stottern geraten ist, nicht flottmachen. Dieser Motor kommt nur in Gang, wenn sich beide Seiten wieder mehr einer aktiven Mitgestaltung europäischer Politik zuwenden und auf den Gang der europäischen Entwicklung durch gemeinsame Initiativen und Strategien einwirken – so wie dies beispielhaft bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion der Fall war.

Zweifellos hat sich das Umfeld, in dem sich heute die deutsch-französische Zusammenarbeit bewähren muss, gewandelt. Gleichwohl sind der besondere Charakter ihrer Partnerschaft, der gemeinsame, in die „Gründerjahre“ zurückreichende Auftrag, das europäische Einigungswerk Schritt für Schritt voranzubringen, und nicht zuletzt der emotionale Wert dieser Beziehung für beide Völker weiterhin gültig und für beide Seiten verpflichtend.

Der Umbruch 1989/90 in Europa und die Wiederherstellung der deutschen Einheit haben das deutsch-französische Verhältnis insofern verändert, als Deutsch-

land seine volle Souveränität und damit auch einen größeren politischen Handlungsspielraum erlangte. Für Frankreich resultierte hieraus – subjektiv und objektiv – eine gewisse Relativierung seiner bis dahin in Europa dominanten Stellung. Dass es gelang, die deutsch-französische Partnerschaft in dieser Umbruchphase nicht nur zu bewahren, sondern zu festigen, ist das große Verdienst von Bundeskanzler Helmut Kohl, der auch das wieder vereinigte Deutschland auf die Freundschaft mit Frankreich und das europäische Einigungswerk verpflichtete.

### Paritätisches Verhältnis

Der damalige Bundeskanzler hat zugleich sorgfältig vermieden, aus der neuen Rolle Deutschlands Frankreich gegenüber Kapital zu schlagen – in der klaren Erkenntnis, dass die deutsch-französische Partnerschaft nur Bestand haben werde, wenn beide Seiten sich in einem prinzipiell gleichgewichtigen Verhältnis bewegen. Von in dieser Phase nicht zu unterschätzender psychologischer Bedeutung war auch, dass der Bundeskanzler immer wieder daran erinnerte, dass es die Franzosen waren, die nach dem Krieg den Deutschen die Hand zur Versöhnung gereicht und maßgeblich dazu beigetragen haben, unserem damals noch geteilten Land den Weg nach Europa zu ebnen.

Die deutsche Politik ist gut beraten, wenn sie beides weiterhin im Auge behält: die Erinnerung an das Werk der Aussöhnung und das Gespür dafür, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Dauer nur funktionieren wird, wenn die Parität zwischen beiden Ländern, die zugleich ein wichtiger Stabilitätsfaktor in Europa ist, nicht infrage gestellt wird.

Dass ein paritätisches Verhältnis zu Deutschland für Frankreich eine zentrale Frage ist, hat die Diskussion vor und in Nizza über die – von Bundeskanzler

Schröder schließlich fallen gelassene – deutsche Forderung nach mehr Stimmen in den europäischen Ratsgremien gezeigt. Diese Forderung war in Frankreich auf breite Ablehnung gestoßen, weil aus französischer Sicht damit die historisch gewachsene Parität aufgekündigt worden wäre.

Unabhängig von der Wiedervereinigung hat sich im deutsch-französischen Verhältnis eine Veränderung ergeben, die sozusagen in der Natur der Sache liegt: Sowohl der Ablauf der Zeit als auch der damit einhergehende Generationenwechsel haben es mit sich gebracht, dass Deutsche und Franzosen heute nüchterner – und zugleich unbefangener – miteinander umgehen, als dies noch in der Nachkriegszeit und den darauf folgenden Jahren der Fall war.

Dies sollte man allerdings nicht beklagen, denn schließlich haben wir jahrzehntelang auf eine solche Normalisierung hingearbeitet. Daraus folgt nicht, dass die deutsch-französische Freundschaft ihre Bedeutung als emotionale Klammer der Beziehungen eingebüßt hat. Es wäre grundfalsch, wenn wir – sozusagen im Zeichen einer neuen Nüchternheit – das Bonmot Palmerstons, England habe keine Freunde, sondern nur Interessen, auf das deutsch-französische Verhältnis übertragen würden.

### Wie viel Interessenpolitik?

Natürlich spielen im politischen Alltagsgeschäft zwischen Deutschland und Frankreich Interessen eine wesentliche Rolle. Europäische Politikentspringt nicht nur Visionen, sondern wächst aus den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten zusammen, was allerdings nur möglich ist, wenn letztlich ein europäisches Gesamtinteresse den Ausschlag gibt.

Es ist in Frankreich nicht unbemerkt geblieben, dass in den letzten Jahren auch deutsche Politiker häufiger von nationalen Interessensprechen und den Anspruch

erheben, dass diesen Interessen bei europäischen Entscheidungen angemessen Rechnung getragen wird. Dies ist ebenso selbstverständlich wie legitim, zumal auch Frankreichs sich nichtscheut, seinen nationalen Interessen klar und unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen.

Sowenig dagegen einzuwenden ist, dass Deutschland und Frankreich auf der europäischen Bühne auch Interessenpolitik betreiben, so bedenklich wäre es, wenn gerade sie hierbei den Bogen überspannen würden oder andere noch zu übertrumpfen suchten. Denn zu der besonderen Verantwortung, die beide Länder für Europa beanspruchen, muss auch die Bereitschaft gehören, bei dem Bemühen um einen Interessenausgleich voranzugehen und das europäische Gesamtinteresse voranzustellen. Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass es an dieser Bereitschaft in den letzten Jahren – auf beiden Seiten – häufig gefehlt hat.

Dass deutsch-französische Interessenkonflikte immer wieder Schlagzeilen machen, hat im Übrigen weniger damit zu tun, dass die deutsche Seite Auseinandersetzungen nicht länger ausweicht, als vielmehr einen eher banalen Grund: Nicht nur die bilaterale, sondern vor allem auch die europäische Agenda sind im Laufe der Jahre immer umfangreicher geworden, was zur Folge hat, dass mit der Zahl der Themen auch die Reibungspunkte und Interessenkonflikte zugenommen haben. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen, und die einzig vernünftige Antwort hierauf muss sein, dass beide Seiten alles tun, um derartige Konflikte unter Kontrolle zu halten. Dazu gehört nicht zuletzt der Verzicht darauf, sich auf Kosten des Partners in der eigenen Öffentlichkeit zu profilieren oder gar das Verhältnis auf seine Belastbarkeit zu testen.

## Die Erweiterung

Frankreich hat – ebenso wie Deutschland – die Erweiterung gewollt und gefördert.

Beide Länder wären daher in eine missliche Lage gekommen, wenn ihr Streit über die Agrarreform den weiteren Gang der Verhandlungen blockiert hätte. Ebenso wichtig wird es sein, dass sich Deutsche und Franzosen vor dem Hintergrund der zusätzlichen Belastungen, die mit dem Beitritt auf die Union zukommen, rechtzeitig über die weiteren Eckpunkte einer Reform der EU-Finanzen – die derzeitige Planung läuft 2006 aus – verständigen.

Es gibt darüber hinaus im Kontext der EU-Erweiterung einen Aspekt, dem in der öffentlichen Diskussion wenig Beachtung geschenkt wird, obschon er das deutsch-französische Verhältnis langfristig in seinem Kern berührt. In Paris weiß und akzeptiert man, dass Deutschland in Mittel- und Osteuropa bei Handel und Investitionen die Nase vorn hat. Weniger angetan ist man davon, dass einige Beitrittskandidaten sich vorzugsweise auf Deutschland als wichtigsten politischen Partner und Anwalt ihrer Interessen berufen und auch deutsche Stimmen hin und wieder den Anschein erwecken, dass sich mit der Erweiterung die Gewichte in Europa verschieben könnten.

Es liegt auf der Hand, dass die französische Politik eine solche Entwicklung mit Argwohn sehen und Frankreich es nicht hinnehmen würde, wenn als Konsequenz der Erweiterung seine eigene Stellung innerhalb der Union geschwächt würde. Ebenso absehbar ist, dass hieraus der deutsch-französischen Zusammenarbeit erheblicher Schaden erwüchse. Es hilft wenig, entsprechende französische Besorgnisse als unbegründet abzutun – zu widerlegen sind sie nur durch eine reale Politik, die unzweideutig unter Beweis stellt, dass auch in einer erweiterten Union das deutsch-französische Verhältnis seinen besonderen, von den Beziehungen zu anderen Partnern abgehobenen Platz haben wird.

Im Übrigen wird auch ein erweitertes Europa darauf angewiesen sein, dass

Deutschland und Frankreich gemeinsam den Willen und die Kraft aufbringen, an der Spitze der Bewegung zu stehen. Die damit verbundene Führungsrolle wird möglicherweise noch schwieriger und noch undankbarer sein als in der Vergangenheit, aber sie ist schon deswegen unerlässlich, weil das größere Europa auch ein weniger kohärentes Europa sein wird.

### Die nächste Reform

Eine wichtige Bewährungsprobe für die deutsch-französische Zusammenarbeit wird der in Nizza beschlossene und inzwischen in Gang gekommene Prozess einer weiteren institutionellen Reform der Union sein. Noch liegen keine inhaltlich ausformulierten Vorschläge des Europäischen Konvents auf dem Tisch, und man sollte auch aus einer eher bruchstückhaften öffentlichen Diskussion keine voreiligen Schlüsse ziehen. Gleichwohl ist bereits erkennbar, dass Berlin und Paris zwar prinzipiell darin übereinstimmen, eine europäische Verfassung – oder einen europäischen Verfassungsvertrag – anzustreben, aber in wesentlichen Fragen noch höchst unterschiedliche Vorstellungen verfolgen.

Beispiel: Die deutsche Seite tendiert eher dahin, die Brüsseler Kommission zur europäischen Exekutive auszubauen, Frankreich möchte die Rolle des Rates stärken. Präsident Chirac hat vorgeschlagen, dass die Staats- und Regierungschefs einen Präsidenten bestimmen, der die Union nach außen vertritt, die Bundesregierung möchte diese Aufgabe dem Kommissionspräsidenten übertragen.

Der deutsch-französische Gipfel in Schwerin hat den Auftrag erteilt, ein gemeinsames Konzept – zunächst als Grundlage für die Beratungen des Konvents – zu erarbeiten. Es ist sehr zu hoffen, dass dies gelingt, denn es wäre fatal, wenn insbesondere auf der dem Konvent folgenden Regierungskonferenz Deutschland und Frankreich getrennte Wege gehen und bei

diesem entscheidenden Vorhaben der europäischen Politik möglicherweise gegeneinander statt miteinander agieren würden.

### Außen- und Sicherheitspolitik

Deutschland und Frankreich haben in den vergangenen Jahren zielstrebig an der Verbesserung der politischen Institutionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mitgewirkt. Dieses Instrument kann allerdings nur in dem Maße zur Entfaltung kommen, in dem die Mitgliedstaaten zur Festlegung einer gemeinsamen Politik beitragen und hinter den gemeinsamen Aktionen stehen. Faktisch fällt hierbei Deutschland, Frankreich sowie Großbritannien eine besondere Verantwortung zu, wie sich vor allem bei der Bewältigung der Krisen im Balkan gezeigt hat.

In diesem Rahmen bleibt die laufende, enge Abstimmung über aktuelle außenpolitische Themen ein wichtiger Kitt für die deutsch-französischen Beziehungen. Diese Abstimmung funktioniert weitgehend reibungslos, obwohl es Bereiche gibt, in denen es immer wieder schwierig ist, eine gemeinsame Linie zu finden. Dazu gehören die Nahostpolitik, aber auch alle Fragen, die mit der Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika zu tun haben, die von Frankreich besonders kritisch gesehen werden. Ein Paradebeispiel sind die Diskussionen über die weitere Ausgestaltung des Verhältnisses von EU und NATO.

Frankreich weiß allerdings ebenso gut wie Deutschland, dass es nicht damit getan ist, über amerikanische Dominanz zu klagen, sondern dass es darauf ankommt, der „puissance Europe“ auch tatsächlich Substanz zu geben. Allerdings verhalten sich beide Seiten nicht durchweg so, wie es dieses ambitionöse Ziel erfordert: Mit einer europäischen Außenpolitik vertragen sich weder gelegentliche französische Alleingänge noch ein „deutscher Weg“ –

auch dann nicht, wenn diese Worthülse nur für den innenpolitischen Gebrauch bestimmt gewesen sein sollte.

Zur „puissance Europe“ gehört auch der Auf- und Ausbau einer glaubwürdigen militärischen Komponente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – ein Anliegen, für das sich Frankreich besonders energisch eingesetzt hat, während die rotgrüne Bundesregierung zunächst den Akzent stärker auf politisches Krisenmanagement legte. Inzwischen geht es vor allem um die Frage, welchen Beitrag die einzelnen Länder zum Aufbau einer europäischen Verteidigung zu leisten bereit sind.

Die französische Seite hat zwar noch in jüngster Zeit ihre Präferenz für die Fortsetzung der engen militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland erklärt, aber unverkennbar stellt man sich nach dem Hin und Her bei wichtigen gemeinsamen Rüstungsvorhaben in Paris zugleich die Frage, ob und inwieweit die derzeitige Bundesregierung noch willens und in der Lage ist, den an die deutsche Adresse gerichteten Erwartungen zu entsprechen.

## Wirtschafts- und Finanzpolitik

Deutschland und Frankreich verfügen zusammen über mehr als fünfzig Prozent der Wirtschaftskraft der in der Eurozone zusammengeschlossenen Länder. Von daher fällt ihnen auch eine besondere Verantwortung zu, wenn es um den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion und die Einhaltung des Stabilitätspaktes geht.

Viele der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme, denen sich die deutsche Politik gegenüber sieht – angefangen von hoher Arbeitslosigkeit, einem steigenden Haushaltsdefizit bis zu den überfälligen Anpassungen der sozialen Sicherheitssysteme und des Gesundheitswesens –, sind nahezu spiegelbildlich in Frankreich anzutreffen. Lediglich beim

Wirtschaftswachstum stand Frankreich – bisher – besser da.

Soweit es um durchgreifende Reformen geht, machen allerdings beide Länder im europäischen Vergleich keine gute Figur. Natürlich liegt die Durchführung von Reformen allein in der Verantwortung der jeweiligen Regierung, Deutschland und Frankreich wären gleichwohl gut beraten, wenn sie im Hinblick auf die Verflechtung ihrer Wirtschaft und ihre starke Stellung in der Eurozone hierbei enger zusammenarbeiten und sich zumindest auf Reformziele verständigen würden, die in die gleiche Richtung gehen.

Vor allem sollten beide Länder vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklung auch nur den Anschein vermeiden, dass sie es sich dank ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts leisten können, mit dem Stabilitätspakt in einer Weise umzugehen, die weder dem Geist noch dem Buchstaben dieser für die Konvergenz in der Wirtschafts- und Währungsunion fundamental wichtigen Vereinbarung entspricht.

## Die bilaterale Zusammenarbeit

Ob Politik oder Wirtschaft, ob Kultur oder Wissenschaft – auch das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich bedarf weiterhin intensiver Pflege und darf nicht – ungeachtet der herausragenden Bedeutung, die dieser Thematik zukommt – zur bloßen Funktion der europäischen Politik werden.

An der Zahl der deutsch-französischen Begegnungen kann es nicht liegen, wenn es ab und zu in den Beziehungen hakt oder nicht richtig vorangeht: Mit keinem anderen Partner stimmen wir uns so eng und so häufig ab wie mit Frankreich. Auch die gesellschaftliche Basis der deutsch-französischen Beziehungen ist beeindruckend: über 2200 Städte- und Regionalpartnerschaften, ein trotz rückläufiger Finanzmittel nach wie vor intensiver Jugendaustausch, eine beachtliche Zahl

von Veranstaltungen mit Teilnehmern aus allen Schichten, auf denen ein breites Spektrum von Themen diskutiert wird – wobei die parteinahen Stiftungen eine besonders aktive und in Frankreich geschätzte Rolle spielen.

## Das Interesse am Partnerland nimmt ab

Also eine deutsch-französische Idylle auf der gesellschaftlichen Ebene? Nicht ganz, denn die Meinungsforscher machen darauf aufmerksam, dass in weiten Teilen der Öffentlichkeit beider Länder das Interesse am Partnerland abnimmt. Wir sollten dies nicht einfach unter Normalisierung verbuchen, denn auch eine gefestigte Freundschaft kann zerbröseln, wenn die Neugier an dem, was den anderen bewegt und was in dem Partnerland vorgeht, Indifferenz weicht und allenfalls ausgefallene Ereignisse noch auf öffentliches Interesse rechnen können. Weitere Anstrengungen sind also erforderlich, auch wenn die alten Klischees nach und nach verschwunden sind – sicherlich auch Ergebnis einer durchweg ausgewogenen Berichterstattung in den jeweiligen Medien – und sich Deutsche und Franzosen gegenseitig bescheinigen, in dem jeweils anderen einen verlässlichen und wichtigen Partner zu haben.

Wenn wir ein tiefer gehendes Verständnis für die Besonderheiten des jeweiligen Partners fördern wollen, ist es unerlässlich, sich darüber Gedanken zu machen, wie – auch in Zeiten knapper werdender Ressourcen – die kulturelle Zusammenarbeit verbessert werden kann. Der Kulturaustausch ist für die langfristigen Bindungen beider Länder mindestens so bedeutsam wie Politik und Wirtschaft – zumal in einem Land wie Frankreich, das sich vornehmlich über seine Kultur und Sprache definiert. Umso bedauerlicher ist, dass Deutschland seine

offizielle kulturelle Präsenz in Frankreich teilweise zurückgefahren hat – aus finanziellen Gründen, aber auch wegen neuer Prioritäten in Osteuropa.

Bedenklich ist die Tatsache, dass in beiden Ländern die Bereitschaft, die Sprache des Partnerlandes zu erlernen, spürbar nachgelassen hat. Der Anteil der französischen Schüler, die Deutsch als zweite Fremdsprache lernen, ist in zehn Jahren fast um die Hälfte zurückgegangen. In Deutschland ist die Entwicklung nur wenig besser. Einziger Lichtschimmer: An französischen Hochschulen steigt die Nachfrage nach Deutschkursen, weil sich offensichtlich die Einsicht durchsetzt, dass man damit seine beruflichen Chancen verbessert.

Deutsche und französische Politiker haben wiederholt dafür plädiert, das deutsch-französische Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen. Präsident Chirac hat sogar einen neuen Gründungspakt vorgeschlagen. So weit wollte man schließlich doch nicht gehen. Stattdessen haben beide Regierungen auf dem deutsch-französischen Gipfel in Schwerin vereinbart, anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages in diesen Tagen eine feierliche Grundsatzerklärung zu verabschieden.

In der Tat ist es weder sinnvoll noch erforderlich, in regelmäßigen Abständen einen Neuanfang in den Beziehungen zu fordern, zumal die Bilanz des bisher Erreichten sich ja durchaus sehen lassen kann. Aber ein neuer Impuls – dies würde den deutsch-französischen Beziehungen schon gut tun. Und hierzu sollte am Jahrestag des Élysée-Vertrages auch eine kraftvolle Botschaft gehören, in der deutlich zum Ausdruck kommt, was Deutschland und Frankreich gemeinsam tun wollen, um mit den Herausforderungen der europäischen Zukunft fertig zu werden.